

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksachen 16/11740, 16/11801 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Vereinigten Staaten befinden sich bereits mitten in einer tiefen Rezession. Auch in Europa verschlechtert sich die Lage von Monat zu Monat. Die neu gewählte US-Regierung legt derzeit ein großes Konjunkturprogramm auf, um dem Nachfrageeinbruch bei Immobilien, Investitions- und Konsumgütern zu begegnen.

Der diskretionäre Impuls soll dort über zwei Jahre hinweg rund 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Jahr betragen. In Europa war die Reaktion auf den Nachfrageeinbruch bislang zu schwach, zu vorsichtig und vor allen Dingen zu unkoordiniert.

Im Euroraum ist ein Nettoimpuls von mindestens 2 Prozent des BIP pro Jahr notwendig. Er muss rasch kommen, er muss so lange wie nötig anhalten und er muss von allen Mitgliedstaaten des Euroraums ausgehen. Ein Abwarten, bis ein geeigneter Koordinationsmechanismus auf europäischer Ebene ausgehandelt ist, würde die Rezession noch weiter vertiefen und verlängern.

Die europäische Geldpolitik hat auf die Anforderungen der Krise rasch reagiert. Seit August 2007 hat die Europäische Zentralbank (EZB) massiv Liquidität bereitgestellt. Mit der Vertiefung der Krise seit September 2008 wurden weitere drastische Interventionen notwendig. Trotzdem hat die EZB zu lange darauf beharrt, zwischen Zinspolitik und Liquiditätsmanagement zu differenzieren.

Bereits in einem frühen Stadium war absehbar, dass das Problem nicht in mangelnder Liquidität liegt, sondern in steigendem Kreditrisiko. Die bisherigen Zinssenkungen haben nicht ausgereicht, um die Wirtschaft im Euroraum zu stabilisieren.

Geldpolitik ist nun stark auf Unterstützung durch Fiskalpolitik angewiesen. Im Euroraum wird Fiskalpolitik durch einen schlecht durchdachten Stabilitäts- und Wachstumspakt behindert. Bei wörtlicher Auslegung verhindert er, dass auto-

matische Stabilisatoren genau dann zum Einsatz kommen, wenn sie dringend benötigt werden.

Angesichts der weltweiten Krise, mit der der Euroraum konfrontiert ist, könnte eine passive Haltung aber schwerwiegende Folgen haben.

Die Erfahrungen in Japan in den 1990er-Jahren zeigen deutlich, wie wichtig entschlossenes Handeln ist, um zu verhindern, dass die Wirtschaft immer tiefer in eine lang anhaltende Stagnation versinkt. Die Opportunitätskosten zu zaghaftem Handeln sind enorm hoch.

Der fiskalpolitische Impuls muss die private Nachfrage für Güter und Dienstleistungen ersetzen, die während der Rezession einbricht. Der Impuls kann und soll zurückgefahren werden, sobald die private Nachfrage wieder anzieht.

Bei der Ausgestaltung fiskalpolitischer Impulse ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie entweder direkt staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen schaffen oder verlässlich private Nachfrage. Beides sollte so schnell wie möglich wirksam werden.

Staatliche Nachfrage und Steueranreize sollten dazu beitragen, gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt und langfristiges Wachstum zu steigern. In diesem Rahmen sollte unmittelbares Ziel sein, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stützen, Beschäftigung und Einkommen zu schaffen.

Es kommt jetzt wesentlich darauf an, auf solche Instrumente zu setzen, die eine möglichst hohe Multiplikatorenwirkung entfalten. Es reicht nicht aus, die Gesamtsumme der Staatsausgaben zu betrachten. Vielmehr ist auch der makroökonomische Impuls entscheidend. Dabei sind folgenden Aspekte wesentlich:

Erstens: Öffentliche Ausgaben sollten sich auf Investitionen mit hoher Beschäftigungswirkung konzentrieren sowie öffentliche Infrastruktur erhalten und erneuern. Für diese Ausgaben sprechen sowohl Kosten-Nutzen-Analysen als auch Stabilisierungskriterien. Infrastruktur schließt auch das Bildungswesen ein, das in vielen Ländern des Euroraums chronisch unterfinanziert ist. Eine doppelte Dividende lässt sich aus Investitionen in arbeitsintensive Projekte zur Lösung ökologischer Probleme erzielen, da sie die Wirtschaft fördern und umweltpolitischen Herausforderungen begegnen.

Zweitens: Steuersenkungen können angesichts der momentan vorherrschenden Unsicherheit kaum zu einer Belebung der Konjunktur beitragen, falls sie nicht hauptsächlich Haushalten zugute kommen, die von Liquiditätsbeschränkungen betroffen sind.

Drittens: Zentrales Anliegen sollte es sein, die Lücke zwischen tatsächlichem und potenziellem Wachstum zu schließen. Sonst besteht die Gefahr, dass die tatsächliche Produktion stark und für lange Zeit unter dem Produktionspotenzial verharren wird. Wesentliche Herausforderung für Europa mit vielen kleinen, offenen Volkswirtschaften Europas ist dabei ein koordiniertes Vorgehen. Die großen Volkswirtschaften Europas, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, müssen die Führung übernehmen. Sie sollten deutlich machen, dass sie sich nicht passiv als Trittbrettfahrer auf die Exportnachfrage aus Drittstaaten verlassen. Europa als Ganzes ist ein zu großer Wirtschaftsraum, um auf eine Rettung durch den Welthandel zu setzen.

Angesichts der Notwendigkeit vieler Staaten, unhaltbare Defizite im Außenhandel abzubauen, müssen sich Länder wie Deutschland, die Handelsbilanzüberschüsse erwirtschafteten, von ihrer Exportabhängigkeit befreien. Sie müssen ihre Binnenwirtschaft stützen, um die Lücke zwischen Gesamt- und Inlandsnachfrage zu schließen.

Viertens: Defizite im institutionellen Design der europäischen Fiskalpolitik sind mittlerweile mehr als offensichtlich geworden. Obwohl die aktuelle Krise

eine intensive Koordination wirtschaftspolitischer Maßnahmen erfordert, erfolgt auf gesamteuropäischer Ebene keine Abstimmung der makroökonomischen Effekte. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt dient lediglich zur negativen Koordination, um Staatsdefizite- und Verschuldung auf ein arbiträres Maß zu beschränken. In diesem Rahmen ist es überaus schwierig, diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen zu koordinieren. Die Europäische Kommission, die ihre Aufgabe hauptsächlich im Überwachen formaler Regeln sieht, kann diese Rolle offensichtlich nicht übernehmen.

Unkoordinierte nationale Maßnahmen, die vor allem dem jeweils nationalen Interesse dienen, werden dieser Herausforderung ebenso wenig gerecht. Angesichts dieser Unzulänglichkeiten droht die Gefahr wechselseitiger „Beggarthy-Neighbor-Politik“.

Deshalb ist zumindest eine verbesserte, institutionalisierte Rolle der Finanzminister der Eurogruppe dringend erforderlich. Letztlich aber ist in einer Währungsunion ein angemessenes Maß gemeinsamer Fiskalpolitik essentiell.

Fünftens: Wir sollten trotz der Notwendigkeit, mit Nachdruck auf die Krise zu reagieren, nicht vergessen, die mittelfristige Nachhaltigkeit der Lösungen zu bedenken. Die Verschuldung, die während der Bekämpfung der Krise ansteigen wird, muss später bedient werden. Auf lange Frist sollten laufende Ausgaben nur aus laufenden Steuereinnahmen bezahlt werden. Nur Investitionen können mittelfristig mit Schulden finanziert werden. Deshalb sollte eine glaubwürdige Bindung an eine mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen wesentlicher Bestandteil eines seriösen fiskalpolitischen Programms sein.

Es ist unzureichend, strikte Haushaltsrichtlinien schriftlich festzuhalten, um sie in der Praxis wiederum zu missachten. Es ist vordringlich, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass fiskalpolitische Maßnahmen gemäß der goldenen Regel erfolgen: laufende Einnahmen sollen auf mittlere Frist die laufenden Ausgaben begrenzen.

Das Ausmaß der Krise, der wir heute gegenüberstehen, ergibt sich zu einem großen Teil aus einer extremen Überschuldung unserer Volkswirtschaften. Wie James Tobin bereits in den frühen 1960er-Jahren verdeutlicht hat, haben Bilanzen auch makroökonomische Auswirkungen. Heute hängt die Kredit- und Finanzierungspraxis jedoch in einem viel stärkeren Maße von Kreditderivaten ab.

Sie ermöglichen viel aggressivere Hebelwirkungen („Leveraging“). Der rasante Abbau der Verschuldung, den wir zurzeit erleben, konnte seine zerstörerische Kraft erst dank einer Regulierung entwickeln, die auf einer falschen Vorstellung von Finanzmärkten beruhte. Aufgrund inhärenter Informationsasymmetrie und Anreizproblemen sind Finanzmärkte von Natur aus unvollkommen.

Dies kann massive negative externe Effekte auslösen. Mit der Implosion des Schattenbanksystems sind hohe reale Opportunitätskosten verbunden. Finanzmärkte müssen deshalb in Zukunft sehr viel strenger reguliert werden.

Einfache und eindeutige Regeln sind vermeintlich hochkomplexen, ausgeklügelten Systemen vorzuziehen. Mindestkapitalvorschriften müssen verschärft werden. Eine Verschuldungsbegrenzung, die viele der dubiosen Aktivitäten unterbunden hätte, sollte eingeführt werden. Liquiditätspuffer müssen verstärkt werden.

Am wichtigsten ist, dass diese Regeln auf alle Institutionen angewandt werden, die in solchen Geschäftsfeldern tätig sind. In Zeiten finanzieller Globalisierung verlangen Richtlinien die Kooperation aller Akteure, die bisher damit beschäftigt waren, ihre eigenen Märkte zu regulieren.

Die Wirksamkeit unkoordinierter fiskalpolitischer Maßnahmen in einzelnen Ländern wird durch Spill-over-Effekte auf andere Staaten begrenzt. Je offener ein Land ist, desto weniger profitiert es selbst von der Ausweitung der Binnen- nachfrage; desto verletzlicher ist es umgekehrt gegenüber negativen Spill-ins von außen.

Der aus der Finanzkrise entstandene Vertrauensverlust könnte sich zuspitzen, wenn die Konjunkturpakete nicht ihre Wirkung entfalten. Manche Länder werden versucht sein, ihre Wechselkurse abzuwerten, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Das Risiko von Protektionismus wächst. Es ist eindeutig eine Stärke des Euro- raums, dass ein solcher Abwertungswettlauf durch den institutionellen Rahmen der Währungsunion ausgeschlossen ist. Es besteht aber die Gefahr des Trittbrettfahrerverhaltens in anderer Form. Dies ergibt sich vor allem aus der Tat- sache, dass die relative Größe der Konjunkturmaßnahmen zwischen den einzel- nen Staaten schwankt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

darauf hinzuwirken, dass sich die Länder des Euroraums zu einem koordinier- ten Konjunkturpaket von jährlich mindestens 2 Prozent ihres BIP verpflichten.

Berlin, den 11. Februar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion